

Die „Deutsche Tageszeitung“ verboten. Die „Deutsche Tageszeitung“ teilte gestern abend ihren Lesern mit, daß ihr Erscheinen wegen eines Artikels in der Montagsausgabe bis auf weiteres unter sagt worden ist. Wie das „Wolffsche Büro“ meldet, schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ aus diesem Anlaß:

„In der „Deutschen Tageszeitung“ wird seit einiger Zeit fast täglich eine leidenschaftliche Kampagne geführt, in der mehr oder minder offen in dem Tone der Eingeweihtheit den Lesern die Augen über die angeblichen Gefahren geöffnet werden sollen, die dem deutschen Ansehen im allgemeinen und der energischen Kriegsführung gegen England im besonderen durch eine schlappe Haltung der Regierung in den bekannten Differenzen mit Amerika wegen des U-Boot-Krieges drohen sollen. Auf der einen Seite wird der Anschein erweckt, als ob amtliche Kreise um des lieben Friedens mit Amerika willen daran dächten, die Ueberlegenheit der deutschen Tauchbootwaffe preiszugeben, auf der andern Seite scheut man nicht vor der Torheit der Behauptung zurück, daß die Vermehrung der Zahl unserer Feinde durch die Vereinigten Staaten eine ganz gleichgültige Sache wäre. In der heutigen Montagsnummer versteigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ zu kaum mehr verhüllter Verspottung des in den deutschen Notizen an Amerika eingenommenen Rechtsstandpunktes und zu einem persönlichen Angriff auf den leitenden Staatsmann.

Die Männer, die die Verantwortung tragen, Gefahren und Vorteile gegeneinander abzuwägen haben, werden nicht dadurch berührt, wenn ihnen direkt oder in allerlei Umschreibungen Kleinmut, Schlappheit oder Rückenmärkertum vorgeworfen wird. Sie machen vollen Anspruch auf die Gefühle der nationalen Kraft und Würde, die der Marinemitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung“ allein zu vertreten glaubt.

Ein solches Treiben ist lediglich geeignet, der kaiserlichen Regierung die Aufgabe zu erschweren, bei Erledigung des Streitpunktes mit Amerika nicht nur die Kampfkraft unserer Waffen zu erhalten, sondern auch schädigende Rückwirkungen auf die politische Gesamtsituation zu vermeiden. Im Interesse der Landesverteidigung wie der auswärtigen Politik muß erwartet werden,

daß diese mit leeren Gerüchten und unpolitischen Gefühlen der Entrüstung arbeitende Propaganda ein Ende nimmt.